



Inszenierung als Beruf

Der Fall Guttenberg
edition suhrkamp

SV

3 Inszenierung als Beruf

Der Fall Guttenberg

*Herausgegeben von Oliver Lepsius
und Reinhart Meyer-Kalkus*

Suhrkamp Verlag

4 Umschlagfoto: Michael Kappeler/AFP/getty images

eBook Suhrkamp Verlag Berlin 2011

edition suhrkamp

Erste Auflage 2011

© dieser Zusammenstellung

©Suhrkamp Verlag Berlin 2011

Originalausgabe

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

eISBN 978-3-518-76780-1

www.suhrkamp.de

7 Oliver Lepsius

Die Causa Guttenberg als interdisziplinäre Fallstudie - eine Einleitung

Die Bundesrepublik Deutschland hat schon viele Rücktritte erlebt. Doch die Demission von Karl-Theodor zu Guttenberg vom Amt des Bundesministers der Verteidigung am 1. März 2011 stellt einen besonderen Fall dar, einen Fall, der auch in der Geschichte der Bundesrepublik heraussticht. Wie kaum zuvor beschäftigte dieser Fall die Öffentlichkeit. Man vergleiche den Fall nur mit dem Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten am 31. Mai 2010. Erinnern wir uns demgegenüber an die Aufregung, die vom 16. Februar 2011, als die Süddeutsche Zeitung erstmals über Vorwürfe berichtete, Freiherr zu Guttenberg habe Teile seiner 2006 an der Universität Bayreuth eingereichten Doktorarbeit nicht selbst verfasst, bis zum 11. Mai 2011 herrschte, als die Universität Bayreuth den Abschlussbericht zum wissenschaftlichen Fehlverhalten zu Guttenbergs vorstellte. In den Internet-Blogs kochte die Diskussion hoch. Jede Talkshow behandelte das Thema. Zeitungsredakteure berichteten von einer beispiellosen Welle des Volkszorns und Abonnementskündigungen; Wissenschaftler fanden höhnische Nachrichten in der Mailbox oder erhielten wutschnaubende Briefe auf Karopapier von Absendern, die sonst nie die Distanz zur Universität überwunden hätten. Das Land geriet in Wallung. Worin liegt das Besondere, das Symptomatische dieses Falles? Liegt es am Grund? An den Umständen? Oder doch an der Person?

I.

Es liegt zumindest auch am Grund. Wissenschaftliches Fehlverhalten war wohl noch nie der Anlass für den Rücktritt eines Bundesministers. Aber wie schwerwiegend und wie politisch **8** relevant war dieses Fehlverhalten? Geht es um Fußnoten, um einen – um mit Guttenberg zu sprechen – akademischen Kodex, den man so einhält, oder geht es um Glaubwürdigkeit, Redlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, also um Werte, die gerade der Minister zu Guttenberg immer wieder ins Zentrum seiner Reden gestellt hat und auch persönlich zu verkörpern beabsichtigte? Welche Bedeutung hat ein »wissenschaftliches Fehlverhalten« – eine Frage, die für die breitere Öffentlichkeit nicht leicht zu beantworten war und von einigen in eine Reihe mit dem Spicken bei der Klassenarbeit gestellt wurde (als ob dieses verzeihlich wäre). Kann man denn wegen einer plagiierten Doktorarbeit stürzen? Das gab es noch nicht. Dienstwagen, Trunkenheitsfahrten, Bonusmeilen, das kann jedermann begreifen. Was aber ist geistiges Eigentum und der Ausweis wissenschaftlichen Arbeitens wert? Plötzlich traten Rechtsgüter und Verhaltenspflichten auf, die sonst weder im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen noch von vielen in ihrer Wertigkeit und moralischen Relevanz beurteilt werden konnten. Ließ sich solch ein Plagiat nicht bagatellisieren? Ist ein Dokortitel nicht bloß ein Orden, den man auch einmal zurückgeben kann? Der Fall Guttenberg warf Fragen auf, mit denen die breite Gesellschaft noch nicht konfrontiert worden war.

Rasch ging es zudem um den politischen Reflex wissenschaftlichen Fehlverhaltens, also die Frage, ob die Sphären Wissenschaft und Politik getrennt werden können, wie es die Bundeskanzlerin versucht hat (»ich habe keinen wissenschaftlichen Assistenten eingestellt«)? Ihr widersprach Kurt Biedenkopf, als früherer sächsischer Ministerpräsident und Professor für Bürgerliches Recht, Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht gleichermaßen in Wissenschaft und Politik zu Hause: »In jedem Fall hätte man einen Menschen eingestellt, und der Mensch wird gemessen, nicht das Amt«. ^[1] Wenn sich der Fall nicht bagatellisieren ließ, warum sollte er sich nicht subsystemisch **9** kontextualisiert entsorgen lassen? Wissenschaft und Politik als zwei getrennte Sphären? Lässt sich die institutionelle Trennung personell oder moralisch fortsetzen? Welchen Kriterien und Werten sind beide

verpflichtet: divergenten oder konvergenten, wann den einen, wann den anderen? Der Fall verdeutlicht, welche unterschiedlichen Rationalitätskriterien in den beiden Systemen herrschen – oder sind es doch dieselben? Kann man zwischen Verhalten im politischen Berlin und im akademischen Bayreuth trennen? Wann und wie? Der Fall Guttenberg offenbart eine interessante Grundsatzproblematik: Wann akzeptieren wir rollen-, system- oder professionsspezifische Moralstandards und wann tun wir es nicht? Natürlich kann jemand ein guter Politiker und zugleich ein schlechter Familienvater sein. (In den USA wäre das schon weniger selbstverständlich.) Aber darf man als Bischöfin angetrunken über eine rote Ampel fahren? Als Seelsorgerin wohl ja, als moralische Instanz wohl nicht. Wie nun wirkt sich eine rollenspezifische Moral auf Guttenbergs Fehlverhalten aus: Disqualifiziert ihn das Plagiat als Verteidigungsminister, als Minister für Stil, Anstand und Dekor oder als Person des öffentlichen Lebens generell? Der Fall Guttenberg eröffnet erneut interessante Fragestellungen nach der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Subsysteme und ihrer Wiederverknüpfung über Personen oder mit Moral.

*Auch wenn der Fall neue Fragen aufwarf, im Kern ging es um einen Klassiker: Werte. Selten konnte in der Öffentlichkeit eine solch konkrete und anschauliche Wertedebatte geführt werden. Sie verlор sich weder im Unangreifbaren der Abstraktion noch in einem auserwählten Elitendiskurs. Sie hatte einen konkreten Bezug und ergriff die gesamte Bevölkerung. Waren die einen bereit, über das Fehlverhalten hinwegzugehen, sahen die anderen Lüge, Täuschung und Betrug. Zum Fall Guttenberg hatte man eine Meinung. Durch die Subsumtion auf den Fall waren die individuellen Konsequenzen vermeintlich abstrakter Werte jederzeit klar. Obwohl die Konsequenzen einen Politiker betrafen, überwogen in der Debatte aber **10** keine politischen Argumente. Es ging nicht um Parteipolitik. Schließlich sind Anstand, Ehrlichkeit, Verantwortung keine politischen Werte, sondern gesamtgesellschaftliche, die in allen Lebenssphären gelten. Das Volk begann, mit sich selbst zu diskutieren. Blogs und Leserbriefspalten quollen über im Für und Wider, im Unverständnis und Beharren. Der Rücktritt löste einen gesellschaftlichen Diskurs aus, der durch den Fall eine hohe Anschaulichkeit*

gewann und den Fall in seinen grundsätzlichen verhaltensbezogenen Dimensionen aufgriff.

Ungewöhnlich am Fall Guttenberg ist auch: Die Wissenschaft selbst wird in den Vorgang einbezogen. Sie wird politisch – nicht aufgrund der von ihr vertretenen Inhalte, sondern durch ihre Kriterien und Leistungen, die auf ihre gesellschaftliche Allgemeingültigkeit und politische Relevanz untersucht werden. Die breitere Öffentlichkeit beginnt sich für Promotionen und Fächerkulturen zu interessieren, diskutiert, ob wissenschaftliche Standards einen Eigenwert haben oder ob es sich beim Wissenschaftsplagiat um eine Variante des Abschreibens und damit um verbreitetes Verhalten handelt. Warum haben die Gutachter das Plagiat nicht erkannt, was machen Professoren eigentlich? Der Fall veranlasst die Wissenschaft, sich selbst, ihre Verfahren und Standards zu erklären. Überdies wird sie zum Akteur. Man denke nur an die Äußerungen der Vertreter fast aller hochrangiger Wissenschaftsorganisationen; man denke an die Unterschriftenliste zigtausender Doktoranden vom 24. Februar 2011 (Offener Brief 2011), an die demonstrierenden Doktoranden vor dem Bundeskanzleramt am 26. Februar 2011. Wissenschaftler handeln hier zugleich als Citoyens. Sie verteidigen nicht nur ihre Institution, sondern nehmen auch staatsbürgerliche Pflichten wahr, klären auf und beziehen Stellung.

II.

*Es geht also nicht nur um den Grund, sondern auch um die Umstände. Hier spielen die Medien eine besondere Rolle, **11** nicht in Gestalt einer Treibjagd, wie sie Sympathisanten Guttenbergs zu erkennen meinten. Vielmehr konnten wir die Teilnahme breiter Bevölkerungskreise an einem gesellschaftlich-politischen Diskurs beobachten, der vor allem im Internet geführt wurde. Das beginnt mit der Plagiatssuche durch die Internetgemeinde. Nach rund einer Woche war der Tatbestand auf der Seite GuttenPlag Wiki mit einer Exaktheit und Transparenz aufgearbeitet, für die*

es sonst Wochen gebraucht hätte.^[2] Mit Inbrunst und Idealismus gingen Hunderte ans Werk, opferten ihr Wochenende, diskutierten und qualifizierten die Fundstellen, spornten sich gegenseitig an, organisierten die Präsentation: bewundernswert. Am Plagiat jedenfalls gab es in Windeseile keinen Zweifel mehr. Wohl kaum je wurde ein komplexer Sachverhalt, dessen Aufklärung sonst Wochen in Anspruch genommen hätte, so rasch durch ein kollektives, spontanes Handeln vieler Unbekannter aufgedeckt. Nicht nur detektivischer Ehrgeiz, sondern auch die Wahrung der Ehre des Netzes trieb die Internet-Community an. Das Internet jedenfalls war nicht der akteurslose Raum der Unverantwortlichkeit, für den manche es halten.

Seine Bedeutung setzte sich fort mit der Verbreitung der Information und der Mobilisierung Dritter (Unterschriftenliste, Aufruf zur Demonstration, Blogs). Plötzlich war Karl-Theodor zu Guttenberg nicht mehr der Herr der Abläufe und die Bild-Zeitung bestimmte nicht mehr die Stimmungslage. Das bisweilen des Kulturverfalls geschmähte Internet erwies sich als Hort der gesellschaftlichen Werteverteidiger gegen 12 politische Kreise, die diese Werte gegen Macht abzuwägen bereit waren, und gegen breite Bevölkerungsschichten, die bereit waren, Fehlverhalten bei Popularität zu entschuldigen.

Am Fall Guttenberg sehen wir also auch, wie die Zivilgesellschaft neue Formen der Artikulation und Partizipation erprobt. Erlebbar war die Bedeutung rasch konstruierbarer Gegenöffentlichkeiten. Auch hier offenbart der Fall eine symptomatische Bedeutung: Seit Langem mutmaßen wir über den Einfluss des Internet auf die gesellschaftliche Willensbildung. Abstrakt schien sein Einfluss plausibel, aber auch dubios, denn wer beeinflusst dabei eigentlich wen? Drohen im Internet Irreführung und Manipulation oder waltet das aufrichtige Kollektivgedächtnis? Was auch immer man über die Medien- und Wissensgesellschaft schon lesen konnte: Hier sahen wir sie in Aktion. Der Fall Guttenberg demonstriert nicht zuletzt auch den medialen Strukturwandel der Öffentlichkeit, über den so viel geredet wird. Da wir es mit einem tatbestandlich überschaubaren und zeitlich begrenzten Vorfall zu tun hatten, lassen sich die Wirkungsmechanismen und Kausalketten bestens nachzeichnen: Welche Aktion hatte welchen Widerhall, wer reagiert auf wen,

was genau beeinflusst die öffentliche Meinung, wie verändert sich die Beweislast – solche prinzipiellen Aspekte zum Einfluss neuer Medien lassen sich hier punktgenau nachverfolgen. Auch die Reaktionen der Medien untereinander mögen aufschlussreich sein: Die Initialzündung erfolgt in den klassischen Printmedien (Tagespresse); das Fernsehen greift den Fall auf, wird zum Forum Gutenbergs, der sich dort zu präsentieren versteht; das Internet schafft eine Gegenöffentlichkeit, über deren Aktionen wieder im Fernsehen berichtet wird; die Bewertungen übernimmt schließlich wieder die Publizistik in der Tagespresse. Der Fall Gutenberg ermöglicht daher auch eine medientheoretische Fallstudie darüber, welchen Beitrag in der öffentlichen Auseinandersetzung welche Medien übernehmen und wie sie aufeinander reagieren.

13 III.

Schließlich liegt ein Grund für die Besonderheit des Falls in der Person. Die Wertschätzung Freiherr zu Gutenbergs in breiten Bevölkerungskreisen war außerordentlich. Im Politbarometer erreichte er bei Anhängern aller politischen Parteien Traumwerte. Lange blieb er Deutschlands beliebtester Politiker, wurde als »Ausnahmetalent« gefeiert, das »so ganz anders sei«. Welche Sehnsüchte nach Politik verkörperte Gutenberg? Kann er als Modell oder als Antimodell eines Politikers gelten? Liest man seine politischen Reden, muss man sich fragen: Geht es in ihnen um Politik, also um das Definieren von Problemen, um Pro und Contra, um Abwägen, Verteilen, Mehrheit, Kompromiss, oder geht es um Anstand, Stil, Demut, Dekor? Kaum jemand hat in den letzten Jahren Stil und Etikette so sehr zu seinem Thema gemacht wie Karl-Theodor zu Gutenberg, der sich zugleich gerne als Anti-Politiker inszenierte. Darin mag auch ein Grund für seine Popularität liegen. Formvollendung, Stilkritik, Verhaltenskodizes, Anstandsrhetorik sind per se unpolitische Themen, die allgemeine gesellschaftliche Werte und Handlungen betreffen. Es braucht weder politisches Interesse noch eine spezifische

Sachkenntnis, um solchen Themen zu folgen. Wer würde nicht für Verantwortung und Anstand eintreten? Dies als politisches Programm zu formulieren und gegen die Opposition in Stellung zu bringen, zeichnet das politische Talent Guttenberg aus.

Freilich zeigt sich hier eine paradoxe Begabung, Politik gerade durch die Entleerung der Inhalte und die Substitution des Inhalts durch Form dem Mann auf der Straße nahezubringen. Selten tauschte zu Guttenberg politische Argumente aus. Viel lieber redete er über das, was sich gehört, und auch das, was sich nicht gehört. Seine Politikinszenierung wird zur Selbstinszenierung. Da die anderen über Für und Wider, Mehrheit und Kompromiss, Verteilung und Abwägung diskutieren, kann er das Thema Stil für sich besetzen und den Knigge von 14 Berlin geben. Auf seinen Stildiskurs kann sich kein ernsthafter Politiker einlassen, wenn es um Sachthemen geht oder um Wissen oder Nichtwissen in der Kundus-Affäre.

Das Volk aber liebt ihn dafür. Es empfindet die Mutation der Politik zur Form nicht als inhaltliche Entleerung, sondern als Wiedererlangung von Glanz und Würde. Macht hat auf einmal Grazie. Plötzlich geht es um Themen, die jeder versteht. Es geht nicht mehr um Sachzwänge, europäische Abstimmungsnotwendigkeiten, faule Kompromisse oder die Auslieferung an die Anonymität und Verantwortungslosigkeit des Marktes oder der Globalisierung. Plötzlich wird Politik als vollendete Form begreifbar. Wer versteht schon dieses ewige Gerangel um Interessen, parteipolitischen Streit, Kompromisse, das Hin und Her zwischen Regierung und Opposition, zwischen Bundestag und Bundesrat, zwischen Berlin und Brüssel. Mit Guttenberg zogen nachvollziehbare Verhaltenserwartungen in Berlin ein: die formvollendete Welt des schönen Scheins, bekannt und beliebt von Europas Fürstenhöfen bis zu Gottschalks Familienshow. Guttenberg nivellierte das politische System zur Pop- und Medienkultur, und dadurch wurde es für viele begreifbar. Das Volk liebte Guttenberg nicht als Fachmann, sondern als jemanden, der der Politik Stil verleiht.

Daher erschütterte der Plagiatsvorwurf die Sehnsüchte breiter Bevölkerungskreise bis ins Mark: Wie kann jemand Formen missachten, der sie doch sonst derart dezidiert verkörpert? Wie kann jemand unanständig

sein, der Anstand zum politischen Programm erhoben hat? Auch hier wird der Fall Guttenberg zur Fallstudie für das politische System: Welche Erwartungen hegt die Bevölkerung an das politische System und wie lässt sich Politik inszenieren? Sollte es mehr Guttenbergs in der Politik geben oder legt der Fall nicht gerade das Gegenteil nahe? Zeigt sich in der Wertschätzung Guttenbergs nicht eine erstaunliche politische Orientierungslosigkeit ebenso wie eine bemerkenswerte Kenntnislosigkeit der Funktionsweise politischer Institutionen? Muss darauf nicht die politische **15** Bildung reagieren, indem sie die Funktionsbedingungen und Rationalitätskriterien politischen Handelns anders erklärt und falschen Erwartungen entgegentritt?

Als weiterer in der Person liegender Anlass für eine Fallstudie mag schließlich Guttenbergs Realitätsverlust genannt werden. Bis heute beharrt er darauf, nicht absichtlich getäuscht zu haben. Durch diese Behauptung brachte sich zu Guttenberg letztlich selbst in eine hoffnungslose Lage. Was zuerst als eine Verteidigungslinie erscheinen mochte und an Mitgefühl appellierte (berufliche Überlastung, Familienvater, »siebenjährige mühevollste Kleinarbeit«, teilweise chaotischer Arbeitsstil, Häufung von Pannen), erwies sich letztendlich als eine selbstverschuldete ausweglose Situation. Angesichts des unbezweifelbaren objektiven Tatbestands war jedermann klar, dass hier keine Nachlässigkeit vorliegen konnte, sondern die Collage planmäßig und systematisch angelegt sein musste. Der Abschlussbericht der Bayreuther Kommission hat hierzu das Nötige festgestellt (vgl. Kommission 2011, S. 20-26) Im Allgemeinen wird der Täuschungsvorsatz aus der Quantität und Qualität der objektiven Verstöße, also aus objektiven Indizien abgeleitet. Seit wann muss man einen Vorsatz einräumen, um ihn zu haben? Als Herr zu Guttenberg den Vorsatz gleichwohl bestritt, blieb für ihn nur eine in jeder Hinsicht unvorteilhafte Alternative übrig: Entweder er lügt, oder er ist meschugge. Beides machte ihn gleichermaßen untragbar für ein verantwortungsvolles Amt. Es musste auch klar sein, dass sich selbst Unfähigkeit attestiert, wer eine ungeordnete Arbeitsweise mit gelegentlich chaotischen Zügen einräumt (vgl. Kommission 2011, S. 24). Solche Einlassungen sind rational nicht nachvollziehbar und

*auch bei unterstellter Ehrlichkeit fatal. Der Fall Guttenberg verdeutlicht die Grenzen einer Selbstverteidigung mit dem Blackout-Argument. Es gibt keine siebenjährige Dauervergesslichkeit. Der Fall Guttenberg steht daher auch für einen fortgesetzten Irrtum, der Collage für Wissenschaft hielt, Form für Politik und der die subjektive Wahrnehmung zum objektiven Maßstab erklärte. **16** Der Ehrentitel des »Ausnahmepolitikers« erscheint hier in einem anderen Licht. Was erst als Nonkonformismus Kredit genoss, wich dann der Einsicht, dass in keinem dieser Punkte Ausnahmen zulässig sind, geschweige denn Billigung verdienen. Auch insofern handelt es sich um einen lehrreichen Fall, wie Rollen subjektiv und objektiv wahrzunehmen sind und welche Verhaltenskriterien gelten sollen. Aspekte der disziplinenübergreifenden Subjekttheorie finden hier eine aussagekräftige Fallstudie vor.*

IV.

Der Grund, die Umstände, die Person – der »Fall Guttenberg« tangiert viele wissenschaftliche Themen und eröffnet zahlreichen Disziplinen interessante Fragestellungen. Der Fall Guttenberg besitzt eine Symptomatik für die Darstellung von Politik und ihre Wahrnehmung durch breite Bevölkerungskreise. Dieser Band behandelt die Causa als eine Fallstudie für interdisziplinäre Fragestellungen, die selten über einen so anschaulichen und konkreten Anwendungsfall verfügen. Hier geht es also weder um eine Aufarbeitung oder ein Resümee individuellen Fehlverhaltens, es geht nicht um die Person Karl-Theodor zu Guttenberg, sondern um die symptomatische Bedeutung des Falles. Hier erste Schritte zu tun ist das Ziel dieses Bandes. Die darin versammelten Essays stammen von Wissenschaftlern und Publizisten, von Professoren und Doktoranden, verbinden also die verschiedenen Akteursgruppen. Sie gehen zurück auf einen Workshop am Wissenschaftskolleg zu Berlin am 18. April 2011 (»Zur Rhetorik akademischer und politischer Selbstdarstellung: der Fall Guttenberg«).

Zugleich wollen sie das interdisziplinäre Potenzial des Falles analytisch fruchtbar machen und – keineswegs abschließend, sondern im Sinne stimulierender Anregungen gedacht – erste Beschreibungsangebote unterbreiten. Da es um Rhetorik, Stil, Sprache, Politik, Wissenschaft, Moral, Subjekt, Handlung, 17 System, Symbol, Medien, Öffentlichkeit geht – um wichtige Themenfelder zu nennen –, ist ein interdisziplinärer Zugriff unverzichtbar. Der Band vereint daher Literaturwissenschaftler und Philosophen, Historiker und Soziologen, Medienwissenschaftler und Archäologen und nicht zuletzt auch Publizisten. Erstaunlich ist vielleicht noch eines: Juristisch gibt der Fall wenig her (vgl. aber zu den hochschulrechtlichen Fragen Möstl 2011). Juristisch ist er vor allem ein praktisches Problem der Subsumtion des Paragraphen 106 UrhG, aber das macht noch keine wissenschaftliche Fragestellung aus. Insofern haben wir es auch juristisch mit einem »ungewöhnlichen« Fall zu tun, denn normalerweise lösen die Juristen Fälle, die aus anderen Lebensbereichen stammen. Hier nun lösen andere Disziplinen einen Fall, der aus der Juristerei stammt.

Literatur

- Kommission 2011, »Bericht an die Hochschulleitung der Universität Bayreuth aus Anlass der Untersuchung des Verdachts wissenschaftlichen Fehlverhaltens von Herrn Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg«, veröffentlicht von der Kommission »Selbstkontrolle in der Wissenschaft« der Universität Bayreuth (5. Mai 2011), online verfügbar unter: {www.uni-bayreuth.de/presse/info/2011/Bericht_der_Kommission_m__Anlagen_10_5_2011_.pdf} (Stand: Mai 2011).*
- Möstl, Markus 2011, »Korrektter Umgang mit Plagiatsvorwürfen. Eine Zwischenbilanz aus Anlass des Falles ›zu Guttenberg‹«, in: Publicus 2011, 6, S. 5-7, online verfügbar unter: {www.publicus-boorberg.de} (Stand Juni 2011).*
- Offener Brief 2011, »Causa Guttenberg. Offener Brief von Doktoranden an die Bundeskanzlerin« (24. Februar 2011), online verfügbar unter: {<http://offenerbrief.posterous.com/>} (Stand: Mai 2011).*

19 I. Diskurs und Öffentlichkeit

21 Uwe Pörksen

Der Mediencondottiere - eine Skizze

Das Auffallendste an Aufstieg und Fall des Politikers Guttenberg ist meiner Ansicht nach seine Politikleere. In drei Versuchen über die öffentliche Sprache in der Bundesrepublik, den Büchern Plastikwörter, Weltmarkt der Bilder und Die politische Zunge hat sich mir zunehmend die Frage aufgedrängt: Politik ist Machterhalt; aber Machterhalt und Machtgewinn sind noch nicht Politik. Was ist Politik dann?

Hier fehlt ein klarer Begriff. Die Konturen einer Autonomie des Politischen sind zurzeit nicht fassbar, weder als Konzept demokratischer Politik noch als Bestandteil des öffentlichen Bewusstseins. Grund ist die gängige politische Praxis; das eingespielte System lässt eine solche Klarheit nicht aufkommen.

Die Karriere zu Guttenbergs ist in diesem Zusammenhang interessant; er ist sicher nicht aufgestiegen, weil er für eine erkennbare, konturierte Politik steht. In meinen Augen ist er weit eher ein Phänomen, das einem Verschwinden der Politik seine Existenz verdankt. In diese Lücke tritt mit ihm ein neuer Typus, dessen Wirkung darauf beruht, dass er nicht eine neue Politik, sondern alterprobt Tugenden des Politischen zu verkörpern scheint.

»Was hat heutige Publizität zu tun mit dem Programm politischer ›Öffentlichkeit‹ von 1830? Dass im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts Filmstars und Mediencondottieri, den bedenkenlosen Eroberergestalten der Renaissance vergleichbar, zu Staatspräsidenten werden, ist ein fatales Wetterleuchten«, spekulierte ich 2002 in dem Buch Die politische Zunge. Damals lag es nahe, an Berlusconi zu denken; neuerdings kommt einem Sarkozy in den Sinn, wenn er auf eigene Faust einen Krieg des Westens gegen Libyen eröffnet und danach als kleiner Napoleon durch Paris stolziert.

22 *Die Söldnertruppe des Mediencondottiere sind die Medien, sie sind das Instrumentarium seines Aufstiegs oder Falls. Wenn er dieses Werkzeug besitzt – Berlusconi verfügt in Italien über ein Medienimperium –, dann*

wird das, was man einmal Öffentlichkeit nannte, die Vierte Gewalt also, welche die Exekutive, die Legislative und die Judikative kontrolliert und in Schach hält, zum Privatbesitz. Die Öffentlichkeit ist in Italien so weitgehend Privatbesitz der Exekutive, dass die Demokratie zur Farce geworden ist.

Der im Tessin lebende Geschäftsmann Tito Tettamenti, der im Februar 2010 zusammen mit einem Anwalt die Basler Zeitung kaufte und sie nach neun Monaten wieder abstieß, als bekannt wurde, dass er Christoph Blocher als Umstrukturierer engagiert hatte, weshalb die Stadt auf die Barrikaden ging, wurde von der Süddeutschen Zeitung (2./3. April 2011, S. 21) gefragt: »Vor so etwas haben viele Leute Angst, dass sich ein reicher Politiker einfach einen Sender kauft, um Wahlen zu gewinnen.« Tettamenti antwortete: »Geld ist Geist, so ist das.« So artikuliert sich derzeit ein ökonomischer Königsmacher, der seinen Reichtum den absurden Spielregeln des freien Marktes verdankt. Ob die Nähe zwischen Helmut Kohl und Leo Kirch, bevor dessen Insolvenz aufgedeckt wurde, zum Politikum geworden wäre?

Der Aufstieg des Freiherrn zu Guttenberg gehört meiner Meinung nach nicht in einen derart schlichten, gradlinig kurzschlüssigen Zusammenhang. Das Interessante an seiner Karriere ist für mich das Schillernde, Unerwartete, Politikferne seiner Steigeisen. Ich möchte auf drei Bereiche, mit denen er reüssiert hat, hinweisen: die politikfreie Umfrage, das Mediencharisma und die Rede als Normversprechen.

I. Die politikfreie Umfrage

Unsere Politik lebt von der Umfrage in den Mund; nicht nur in Wahlzeiten, auch auf den geraden Strecken dominiert fast unverhohlen eine demoskopisch abgesicherte Politik. Die ²³ Umfrage ist dabei tatsächlich ein fast politikleeres Instrument. Das gilt nicht nur für das beliebte Ranking der politischen Köpfe, die in Prozenten ausgedrückte Beliebtheitsstaffel der führenden Figuren. Es gilt auch für das, was fälschlich noch als Meinungsforschung bezeichnet wird. Die Meinungsforschung kann ein

Instrument sein, um zum Beispiel die Mentalität oder den Mentalitätswandel eines Landes oder eines Bevölkerungsteils zu erkunden. Die Umfrage dagegen ist ein politisches Machtmittel oder ein Unterhaltungsprogramm oder beides zugleich, ist eine Meinungsforschung II. Sie lässt zumeist kaum eine Meinung erkennen, die sich aufgrund von klaren Kriterien oder Überlegungen gebildet hat, sondern ist ein Abfragen von Zuneigung oder Abneigung, so wie Reader's Digest die Akzeptanz eines sich entwickelnden Buchmodells oder ein Autokonzern die Zustimmung zu seiner neuesten »Entwicklung« testet. Man sollte richtiger von Stimmungsforschung sprechen.

Zu Guttenbergs Aufstieg beruhte nicht zuletzt auf der Dokumentation der seine Auftritte begleitenden öffentlichen Stimmungskurve. Hier erhöht Erfolg den Erfolg.

Dass die Umfrage ein politikfreies Instrument ist, lässt sich erkennen, wenn man den vorherrschenden Fragetypus analysiert. Die Frage entspringt – sprachwissenschaftlich ausgedrückt – dem Bewusstsein einer aktuellen Horizontenge. Sie ist ein Ausbrechen aus dem gegebenen Horizont. Manchen gilt sie als spezifisch menschliche Leistung. Der Mensch kann seinen Horizont erweitern und bedient sich dazu der Frage, mit welcher er »an den anderen appelliert, um von dessen Einsicht aus die Beseitigung einer eigenen aktuellen Horizontenge zu erfahren«. Man möchte »durch den anderen eine Einsichtsvermehrung erfahren« (ich beziehe mich auf Friedrich Kainz und Hennig Brinkmann).

Derartigen Definitionen zufolge wäre die Frage ein vorzügliches politisches Instrument. Nun gilt aber, was Harald Weinrich in seinem Essay »Linguistik der Lüge« formuliert: »Eine Frage ist gegenüber der Antwort, die auf sie erfolgt, ein 24 weniger an Information über einen Sachverhalt, nicht etwa ein Nichts an Information.« »Nur wer etwas schon weiß, kann überhaupt fragen. Es fehlt dieser Information freilich etwas (die steigende Intonation ist häufig das prosodische Äquivalent dieses Mangels), aber es fehlt nur eine Ergänzung. Diese fehlende Ergänzung kann groß oder klein sein, darin unterscheiden sich die einzelnen Fragen.«

Andersherum gedacht bedeutet das: Die Frage definiert eine Beziehung zwischen Frager und Gefragtem und engt den Umriss der Antwort ein, und zwar umso mehr, je eindeutiger sie den Rahmen und das sprachliche Material der Antwort vorgibt. Das kann sehr weit gehen.

Am anspruchlosesten ist die Ergänzung, zu der die »Entscheidungsfrage« (oder »Ja/ Nein-Frage«) auffordert. Der Redaktionsstab der Bild-Zeitung hatte sich seit Langem als Herold Guttenbergs verstanden. Jetzt, als sein Siegeszug bedroht war, rief er am Mittwoch (23. Februar 2011) auf der Seite 1 zur Abstimmung auf:

»Der Guttenberg-Entscheid!

() Bleiben Sie Minister! (Tel. 1)

() Treten Sie zurück! (Tel. 2)«

Am Donnerstag (24. Februar 2011) hieß es auf der Titelseite: Ja, wir stehen zu Guttenberg! (87 Prozent der Teilnehmer hätten mit Ja gestimmt, 261.323 sich per Fax oder Telefon beteiligt.)

Es ist mehr als bemerkenswert, vielleicht ein Signal, wie sich bei diesen Abstimmungen auswirkte, was Sprachwissenschaftler die Kontextdetermination nennen, die vom jeweiligen Zusammenhang hervorgerufene Auffassung eines Wortes oder einer Frage. Es hatte nämlich gleichzeitig eine Abstimmung von Bild im Internet stattgefunden: Bis zum Donnerstag (13.30 Uhr) hatten sich 640.000 User per Mausklick beteiligt. 36 Prozent bestätigten, er mache seinen Job gut, 55 Prozent wollten jedoch den Rücktritt. Morgens also der 25 Kontext eines seit Monaten eingestimmten Blattes, mittags der des aufmüpfigen Internet, welches dann auf der zuerst vorenthaltenen Veröffentlichung seines Resultats bestanden hat. Bedeutet diese Medienspaltung bereits einen Zuwachs an Politik? Der Nachteil der Ja-Nein-Umfrage bleibt meines Erachtens, dass ihr politischer Radius sehr klein ist.

Nur eine Idee anspruchsvoller ist die »Alternativfrage«, die vorgeformte Denkmöglichkeiten in Betracht zieht:

»Guttenberg-Rücktritt – die richtige Entscheidung?

- () Ja, nach der Dokortitel-Affäre war er nicht mehr glaubwürdig.
- () Nein, der Verzicht auf seinen Titel hätte für mich ausgereicht.
- () Ich bedaure seinen Schritt, finde aber, dass er damit Rückgrat gezeigt hat und glaubwürdig geblieben ist.«

Die Auskunftsmöglichkeiten behalten einen geringen Spielraum. Nehmen wir noch die Rankingfragen hinzu – Rangiert für Sie Guttenberg vor Merkel? Kann Guttenberg Kanzler werden? Wie viele Punkte hat er Steinbrück voraus? –, so ist die Vorgabe der Antwort, der weitgehend geschlossene Horizont, der Verzicht auf politisches Denken und Urteilen, in grotesker Weise sichtbar.

Das politische Feld wird zu einer Sportveranstaltung, Politik zu einem Volkssport. Nichts gegen Eishockey oder Fußballspiele, aber die Verwandlung des politischen Forums in ein in Prozenten oder Punkten sich darstellendes Spiel führt weg von den Sachthemen, ist eine Entpolitisierung. Vor, während und nach der Wahl ist ein Stimmungsanzeiger namens Schönenborn eine zentrale Figur. Wir leben in einer Stimmungsdemokratie, deren Unterhaltungswert obenan steht und die auf das Zentrum, das hartnäckige Entwickeln einer Politik, einer Antwort auf die dauerhaften Fragen der Zeit verzichtet. Die Adenauer-Epoche, Brandts Ostpolitik waren demgegenüber Oasen der Politik.

26 Das unpolitische Instrument der 0/1-Figur war im Fall Guttenberg ein beachtlicher Machthebel. Es gäbe auch einen konträren Fragetyp, der auf Ursachen und Urteile, auf Horizonterweiterungen gerichtet ist: Die sogenannten W-Fragen zum Beispiel sind geeignet, Politisches zutage zu fördern:

- Warum ist G. der Typus des Politikers, den unser Land zur Zeit braucht?
- Wie lässt sich seine politische Position beschreiben?
- Kennen Sie von ihm eine Rede, die eine politische Frage darlegt, ihre Aspekte erkennbar macht und eine konsequente Lösung folgert?
Welche?